

Eisenstadt, 31.10.2007
Mag.B/K

RUNDSCHREIBEN
an alle Ärzte

Informationstag am 8.11.2007, Argumentationshilfe

Sehr geehrte Frau Kollegin!
Sehr geehrter Herr Kollege!

Ergänzend zu unseren Rundschreiben sowie Mails der vergangenen Wochen betreffend Art. 15a-Vereinbarung und Informationstag am 8.11.2007 möchten wir Ihnen eine Argumentationshilfe (siehe umseitig) zur Verfügung stellen, die kurz unsere wesentlichsten Anliegen, Beweggründe sowie Befürchtungen zusammenfasst und Ihnen Unterstützung für den Informationstag in den Ordinationen geben soll.

Zur Erinnerung:

1. Am **8.11.2007** findet österreichweit in allen Ordinationen ein **Informationstag für PatientInnen** statt.
2. Bitte hängen Sie in Ihrem Wartezimmer die allen niedergelassenen ÄrztInnen in diesen Tagen zugegangenen **Aktionsplakate** auf und bringen Sie am 8.11.2007 bzw. um den 8.11.2007 die ebenfalls Ihnen zugegangenen **Folder** zur Verteilung an die PatientInnen (den Ordinationsschildkleber „am 8.11.2007 geschlossen“ bitte vernichten). Weitere Folder sind bei Bedarf im Kammeramt erhältlich.
3. Wichtig: Um dem Informationstag besonderen Nachdruck zu verleihen und unsere Einigkeit in der nach wie vor bedrohlichen Situation zu beweisen, werden **alle niedergelassenen KollegInnen dringend ersucht, am 8.11.2007 um 10.00 Uhr** oder wenn möglich auch mehrmals an diesem Tag (wenn ordinationsfreier Tag am Mittwoch davor) **persönlich die im Warteraum befindlichen PatientInnen** über den Sinn des Informationstages und das nach wie vor gegebene Bedrohungsszenario der Verstaatlichung kurz zu **informieren**. Die entsprechenden Argumente entnehmen Sie bitte den unten stehenden Ausführungen.
4. In den Spitälern werden allfällige Aktivitäten durch den Spitalsärztevertreter koordiniert, wir ersuchen bei Fragen um Kontaktaufnahme mit diesem.

Mit dem nochmaligen Ersuchen um Unterstützung verbleiben wir mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

Ärzttekammer für Burgenland
Der Präsident:

OA Dr. Michael Lang eh.

Argumentationshilfe zum Protest- und Informationstag für die Ordinationen

Wieso protestieren die Ärzte?

Überfallsartig und ohne vorherige Abstimmung mit den Betroffenen – den Patienten und Ärzten (Ärztekammern) - planten die Politiker durch ein Gesetz (sog. Art. 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern) mittelfristig Regelungen mit gravierenden Veränderungen für den Ordinationsalltag und die Patienten. Die Konsequenzen wären eine weitgehende Abschaffung der Freiberuflichkeit des Ärzteberufes, massive staatliche Bevormundung der ärztlichen Tätigkeit und eine planwirtschaftliche Zentralisierung des Gesundheitssystems gewesen.

Was bedeutet das im Einzelnen für die Ärzte in Ordination oder Spital?

- Das mittelfristige Aus für niedergelassene Fachärzte mit Kassenverträgen – Verlagerung in anonyme Behandlungszentren mit staatlich verordneter Einheitsversorgung.
- Zerschlagung des partnerschaftlichen Systems von Kassenarzt und Krankenkassen. Statt dessen Ausschreibungsverfahren medizinischer Leistungen. Stellenplan durch die Politik.
- Massive Schwächung der Hausärzte – österreichweite Vereinheitlichung der ärztlichen Honorare auf Mindestniveau – staatliche Richtlinien-Medizin.
- Qualitätskontrolle der Ordinationen nach politischen und nicht nach medizinischen Vorgaben.
- Krankenanstaltenträger kontrollieren und definieren die ärztliche Ausbildung nach eigenen Interessen.
- Einschränkung bis hin zur Abschaffung der Rückerstattung von wahlärztlichen Leistungen.
- Ausweitung der ohnehin schon überlangen Dienste in den Spitälern.
- Verlust der ärztlichen Berufsperspektiven.

Und welche Folgen hätte das für Ihre Patienten?

- Verlust des Vertrauensarztes / der Vertrauensärztin
- Verlust der persönlichen Arzt/Patienten-Beziehung
- Ende der wohnortnahen Versorgung – längere Wege zum Arzt
- Zuweisungsmedizin – Einheitsversorgung durch politisch zugeteilte Ärzte
- Zwei-Klassen-Medizin – persönliches Vertrauensverhältnis nur noch gegen Bargeld
- Einschränkung der Kassenleistungen – bestimmte medizinische Behandlungen bekommen nicht mehr alle Menschen. Beispiel England: künstliche Hüfte nur bis 65; Diabetesbehandlung etc...
- Übermüdete Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern
- Einheitsbehandlung statt persönlicher Betreuung

Und wieso haben die Ärzte Kampfmaßnahmen wie Ordinationsschließungen oder Arbeitsniederlegungen ausgesetzt?

Durch den enormen gemeinsamen Druck der Ärzteschaft ist es in den letzten Wochen gelungen, diese planwirtschaftliche Zentralisierung des österreichischen Gesundheitssystems **vorerst** zu entschärfen. In einer Erklärung sicherte Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky zu, dass

- in allen Fragen, die das Gesundheitswesen und das Gesundheitssystem betreffen, ein strukturierter Dialog zwischen Ärzteschaft und dem Staat stattfinden muss,
- die Erstellung der Leistungskataloge, Honorartarife und Stellenpläne weiterhin Angelegenheit von Ärztekammern und Sozialversicherungen bleiben,
- das Qualitätsmanagement der ärztlichen Praxen in den Händen der Ärzteschaft verbleibt,
- die ärztliche Ausbildung weiterhin unter maßgeblicher Mitbestimmung der Ärztekammern erfolgen soll,
- die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen für Spitalsärztinnen und –ärzte nicht aufgeweicht werden,
- für die umstrittenen ambulanten Versorgungszentren ein Arbeitskreis unter wesentlicher Mitarbeit der Ärztekammern errichtet wird.

Der aufrechte Protest richtet sich gegen die beispiellose und ignorante Vorgehensweise der Politik bei Zustandekommen des Staatsvertrages. Er richtet sich auch gegen die nach wie vor bestehenden Zentralisierungstendenzen, die ja in diesem Staatsvertrag enthalten sind. Und darüber wollen die Ärztinnen und Ärzte ihre Patientinnen und Patienten jetzt am 8. November informieren. Die Ordinationsschließungen und etwaigen Arbeitsniederlegungen wurden ausgesetzt, um der Ministerin die Gelegenheit zu geben, ihre Versprechungen in einem von unmittelbaren Kampfmaßnahmen unbelasteten Klima einzulösen.

Was konnte durch die Erklärung der Ministerin für die Patienten vorläufig erreicht werden?

- der Erhalt der wohnortnahen Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte
- der Erhalt der persönlichen Vertrauensbeziehung zwischen Patient und Arzt
- alle Menschen haben weiterhin den Anspruch auf die beste, persönliche Behandlung im Krankheitsfall – ohne Rücksicht auf Alter, Stellung, Einkommen
- die professionelle, nicht an politische sondern an fachliche Vorgaben gebundene Qualitätssicherung in der Medizin
- die hohe Ausbildungsqualität des medizinischen Nachwuchses
- das vorläufige Weiterbestehen eines sozialen und solidarischen Gesundheitssystems

Wieso protestieren dann die Ärztinnen und Ärzte überhaupt weiter?

Die Gefahr der planwirtschaftlichen Zentralisierung, der Verstaatlichung und der Zwei-Klassen-Medizin mit allen negativen Auswirkungen für Patienten und Ärzte bleibt bestehen. Denn die Erklärung der Gesundheitsministerin kann die gesetzlichen Bestimmungen des Staatsvertrages zwischen Bund und Ländern nicht aufheben. Die Ärzteschaft und die Bevölkerung müssen daher mit großer Wachsamkeit die weitere Entwicklung beobachten. Gegen diese grundsätzliche Tendenz zur Verstaatlichung richtet sich der ärztliche Protest. Und deshalb sind die Kampfmaßnahmen auch nur ausgesetzt. Das heißt: nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben für den Fall, dass die Ministerin wortbrüchig wird.

Worauf ist dabei aufzupassen?

Demnächst müssen einige Gesetze geändert werden. Das betrifft zum Beispiel das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG), das die wesentlichen Fragen des Gesundheitssystems regelt; oder die Krankenanstaltengesetze und das Ärztegesetz. Hier wird sich herausstellen, inwieweit die Zusagen der Ministerin halten.